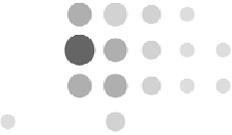


Quo vadis Awoda?

Anmerkungen zur Situation der Arbeitspartei und der israelischen Linken

DR. RALF HEXEL
Juli 2010

- Die israelische Linke (Awoda, Meretz) befindet sich in einer Existenzkrise. Ein Ende dieser Krise ist nicht in Sicht. Beiden Parteien fehlt derzeit der politische Wille und die politische Gestaltungskraft, sich tragfähige neue Perspektiven zu erarbeiten;
- Awoda und Meretz sind nicht mehr die führenden Vertreter des Friedenslagers in Israel. Sie haben diese für ihre politische Relevanz zentrale Rolle an Kadima verloren;
- Durch fast ununterbrochene Regierungsbeteiligung in den vergangenen zehn Jahren und das Auseinanderklaffen von Wort und Tat in ihrer Politik hat die Awoda ihr wichtigstes politisches Kapital verloren: ihre Glaubwürdigkeit;
- Die politische und gesellschaftliche Basis der Linken ist dramatisch geschrumpft. In den Mittelschichten wurde sie politisch von Kadima verdrängt. In sozial schwachen Schichten (arabische Bürger, moderate Religiöse, russischstämmige Israelis) sind sie so gut wie ohne Verankerung und Unterstützung;
- Die Linke ist intellektuell einfallslos und politisch sprachlos. Sie ist nicht in der Lage, überzeugende Alternativen zur Politik der Rechten zu formulieren;
- Kadima ist keine mitte-links Partei, sondern eine Partei der politischen Mitte. Die Lösung der Krise der Linken heißt nicht Kadima. Ihre Erneuerung kann nur die Linke selbst ins Werk setzen.



Inhalt

1. Die Wahlen 2009 – Rechtsruck und anhaltender Niedergang der Linken	2
2. Awoda in der rechten Regierung – die Partei ist innerlich gespalten	3
3. Die Geschichte wiederholt sich: Macht um jeden Preis?	4
4. Barak und seine Gegner in der Partei.....	5
5. Doppelte Standards in der Politik der Arbeitspartei?	7
6. 25.09.2010 – Ende oder Fortsetzung des Siedlungsstopps?	9
7. Meretz – eine paralysierte Partei	10
8. Schrumpfende gesellschaftliche Basis der Linken	11
9. Die Linke ist politisch sprachlos.....	12
10. Wird Tzipi Livni die Linke erlösen?	14
11. Fazit.....	15

Im 80. Jahr ihres Bestehens befindet sich die 1930 gegründete sozialdemokratische Arbeitspartei (Awoda) in einer Krise, die ihre Existenz als Partei bedroht. In dieser Krise dokumentiert sich zugleich eine Krise der gesamten politischen Linken Israels. Spätestens bei den Knessetwahlen im Februar 2009 wurde deutlich, wie dramatisch die beiden wichtigsten linken Parteien des Landes – Awoda und Meretz – an politischem Gewicht und Einfluss verloren haben. Unter der Führung ihres Vorsitzenden Ehud Barak erreichte die Arbeitspartei lediglich 13 von 120 Parlamentssitzen, sechs weniger als in der vorigen Knesset und ist damit nur noch die viertstärkste Fraktion im israelischen Parlament. Ein absoluter Tiefpunkt für eine Partei, die im Jahr 1992 unter Yitzhak Rabin noch mit 44 Abgeordneten in der Knesset vertreten und die über Jahrzehnte der zentrale Akteur bei der Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Israel war. Meretz erreichte lediglich drei Mandate, nach zuvor fünf Abgeordneten. Ein ebenfalls niederschmetterndes Ergebnis.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass es beiden Parteien nicht gelungen ist, diesen Trend in Richtung politischer Bedeutungslosigkeit aufzuhalten bzw. umzukehren. Die Arbeitspartei, die nach den Wahlen der rechten Regierungskoalition von Benjamin Netanyahu beigetreten war, erhält bei Umfragen derzeit regelmäßig Werte zwischen sechs und neun Mandaten, während Meretz bei vier bis fünf Sitzen steht. Die politische Talfahrt besonders der Arbeitspartei hält also mit unvermindertem Tempo an.

Bei der Analyse der Situation der israelischen Linken, bei der Frage nach den Ursachen für ihren Niedergang sowie nach den Perspektiven für Erneuerung und die Wiedergewinnung politischer Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit gilt es folgende Besonderheit politischer Prozesse in Israel zu beachten: Politische Parteien konstituieren sich in Israel nicht nur entlang politisch-ideologischer Positionen und Werte, sondern ganz maßgeblich auf der Basis ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten und spezifischer Gruppeninteressen. Hieraus hat sich eine enorm zersplitterte Parteienlandschaft gebildet, in der sich die äußerst heterogene Bevölkerung des Einwanderungslandes Israel unmittelbar widerspiegelt.

In ihrer politischen Grundausrichtung definieren sich die Parteien daher im Wesentlichen entlang der folgenden drei Konfliktlinien bzw. Ebenen: 1) die Ebene des jüdisch-palästinensischen/arabischen Konflikts; 2) die

Ebene der säkular-religiösen Auseinandersetzungen; 3) die Ebene der sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Die Definition von links und rechts bezieht sich im israelischen Diskurs fast ausschließlich auf die sicherheits- und außenpolitischen Positionen der jeweiligen Parteien und Akteure. Vereinfacht gesagt: Links ist in Israel, wer sich für die Zwei-Staaten-Lösung mit den Palästinensern und für einen friedlichen Ausgleich mit den arabischen Nachbarn einsetzt, und rechts, wer eine solche Politik ablehnt oder sich ihr vollständig verweigert.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf die linken zionistischen Parteien, bezieht also die kommunistische Hadash (vier Knesset-Mandate) nicht in die Analyse ein. Hadash hat mehrheitlich arabische, aber auch jüdische Mitglieder und definiert sich als nicht-zionistische Partei.

1. Die Wahlen 2009 – Rechtsruck und anhaltender Niedergang der Linken

Der Knessetwahlen vom 10. Februar 2009 waren im Wesentlichen von den folgenden drei Phänomenen gekennzeichnet:

Erstens manifestiert sich in den Wahlergebnissen ein deutlicher Rechtsruck in Israel; das rechte/ultra-orthodoxe Lager errang 65 der 120 Knessetmandate. Die Zentrumsparterie Kadima erreichte mit 28 Mandaten zwar das beste Einzelergebnis, jedoch wurde nicht ihre Vorsitzenden Tzipi Livni als die eigentliche Wahlsiegerin, sondern Likud-Führer Benjamin Netanyahu von der Mehrheit der in der Knesset vertretenen Parteien als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen und daher von Staatspräsident Shimon Peres mit der Regierungsbildung beauftragt.

Zweitens drückt sich in der dramatischen Wahlniederlage von Awoda und Meretz der weiter anhaltende politische Bedeutungsverlust der linken Parteien aus. Beide verfügen zusammen nur noch über 16 von 120 Parlamentssitzen, während es bei den Wahlen 1992 noch 56 Mandate waren. Der renommierte Historiker Tom Segev konstatierte daraufhin nüchtern, die traditionelle Linke sei damit in Israel von der politischen Bühne verschwunden.

Drittens sind Awoda und Meretz nicht mehr die führenden Vertreter des Friedenslagers. Sie haben diese für ihre politische Relevanz und Bedeutung zentrale Rolle in der israelischen Politik weitgehend an die von Tzipi Livni

geführte Kadima-Partei verloren. Tzipi Livni wird in Israel heute als Anführerin des Friedenslagers gesehen. Aus dieser Perspektive begreifen die Wähler Kadima nicht nur als politische Alternative zum Likud und anderen rechten Parteien, sondern auch zu Awoda und Meretz.

Ein weiteres Ergebnis der Wahl, das den Rechtsruck in Israel deutlich illustriert, ist der sich fortsetzende politische Aufstieg des rechts-nationalistischen Politikers Avigdor Lieberman und seiner Partei Yisrael Beiteinu (Unser Haus Israel) mit nunmehr 15 Sitzen in der Knesset. Der russischstämmige Lieberman, derzeit Außenminister der Netanyahu-Regierung, ist offen gegen die arabische Bevölkerungsminderheit (21% der 7,4 Mio. Einwohner Israels) eingestellt und propagiert politische und militärische Härte im Umgang mit palästinensischen und arabischen Nachbarn. Europäischen Rechtspopulisten vergleichbar, benutzt er Gefühle von Angst, Unsicherheit und Benachteiligung zur Mobilisierung nationalistischer und rassistischer Emotionen. Denn die Israelis sind verunsichert: durch die nukleare Bedrohung aus dem Iran, die anwachsenden Raketenarsenale von Hamas und Hizbollah, ausbleibende Fortschritte bei der Lösung des Nahostkonflikts und zunehmende internationale Kritik an Israels Politik. In Krisenzeiten sehnen sich die Menschen nach einfachen Antworten und einem starken Mann, der sie führt. Diese Sehnsucht wird von Lieberman mit markigen Sprüchen bedient.

Die Wahl hat deutlich gemacht, in welcher gespaltenen Situation sich Israel heute befindet. Da ist einerseits der Wunsch und die Hoffnung, im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung Frieden mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn zu erreichen. Das sehr gute Wahlergebnis von Tzipi Livni und Kadima steht genau dafür. Zugleich gibt es für die Menschen aber die konkrete Erfahrung, dass der Rückzug aus ehemals besetzten Gebieten, dem Südlibanon (2000) und dem Gaza-Streifen (2005), jeweils zu mehr Unsicherheit, Raketenbeschuss auf Israel und neuen Kriegen – Libanon-Krieg 2006 und Gaza-Krieg 2009 - geführt hat. Weiterhin die jahrelange Erfahrung der Terroranschläge während der Zweiten Intifada (2000-2005), die fast alle Friedenshoffnungen des Oslo-Prozesses zerstörten. Das zentrale Prinzip des Oslo-Prozesses - Land gegen Frieden -, das zugleich Kernelement der Politik von Awoda und Meretz war, ist in der Wahrnehmung der Israelis gescheitert. Der daraus erwachsende Glaube, dass eine Lösung der Probleme nicht durch Dialog und Kompromissbereitschaft, sondern nur durch militärische Stärke und

politische Härte erreicht werden kann, hat zum Wahlsieg des rechten Lagers geführt. Der Linken wird nicht mehr zugetraut, für Israels Sicherheit zu sorgen und Frieden mit den Palästinensern bzw. Arabern zu erreichen. Also wählten die Menschen mehrheitlich jene politischen Kräfte, die sich gegen eine Politik des Dialogs und des Ausgleichs, gegen eine Rückgabe der Westbank und damit gegen die Zwei-Staaten-Lösung aussprechen. Netanyahu hatte seinen Wahlkampf mit den folgenden drei "Nein" betrieben: Nein zur Teilung Jerusalems, Nein zur Zwei-Staaten-Lösung, Nein zur Rückgabe des Golan.

2. Awoda in der rechten Regierung – die Partei ist innerlich gespalten

Angesichts der schweren Wahlniederlage forderten führende Awoda-Mitglieder – unter ihnen Generalsekretär Eitan Cabel, der ex-Vorsitzende Amir Peretz und der ehemalige Generalsekretär Ophir Pines-Paz – den Gang in die Opposition, um von dort die Erneuerung der Partei in Angriff zu nehmen, da eine erneute Regierungsbeteiligung den politischen Bedeutungsverlust nicht aufhalten, sondern nur weiter beschleunigen würde. Ehud Barak entschied sich anders. Während er vor den Wahlen ausgeschlossen hatte, mit einer Partei zu koalieren – und damit war Netanyahus Likud gemeint –, die sich gegenüber den Palästinensern nicht eindeutig zu einer Zwei-Staaten-Lösung bekennt, nahm er bald nach der Wahl Verhandlungen mit Netanyahu auf. Im Alleingang und an allen Gremien der Partei vorbei stellte Barak ein dreiköpfiges Verhandlungsteam zusammen – geleitet von Ofer Eini, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut –, das mit dem Likud in geheimen Verhandlungen ein Koalitionsabkommen aushandelte.

Als das Abkommen der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, gab es heftige Proteste von einer Reihe führender Awoda-Vertreter, die von den Verhandlungen keinerlei Kenntnis gehabt hatten. Sie warfen Barak vor, gegen demokratische Grundregeln verstoßen zu haben, da er kein Mandat für diese Verhandlungen besessen hatte. Barak erwiderte darauf: „Was ist schlimm daran, mit Netanyahu zu sprechen? Ich habe mit führenden Terroristen der PLO gesprochen. Ist Netanyahu etwa der schlimmste Feind unserer Nation? Die außen- und sicherheitspolitischen, die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor denen Israel steht, machen es der Arbeitspartei zur Pflicht, Netanyahus Angebote ernsthaft zu prüfen.“

Auf einem Sonderparteitag stimmte eine Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Zentralkomitees der Awoda letztlich für den Koalitionsvertrag. Die Redebeiträge zeigten jedoch, dass die Partei über den Beitritt zu dieser Regierung tief gespalten ist. In dramatischen Appellen wurde dazu aufgerufen, in die Opposition zu gehen, da die Partei nur dort zu alter Stärke zurückfinden könnte. Barak wurde voller Emotionen vor einem Schulterchluss mit den rechten Parteien und vor einem Ausverkauf von Grundwerten der Partei gewarnt. Ihm wurde vorgehalten, dass die Arbeitspartei lediglich das linke Feigenblatt in einer ansonsten rechten Regierung sein würde. Barak entgegnete darauf: „Wir haben eine Verantwortung für die Arbeitspartei, aber wir sind auch für den Staat Israel, für Frieden und Sicherheit verantwortlich. Die Arbeitspartei ist kein Feigenblatt, sondern ein echtes Gegengewicht zu den rechten Parteien.“ Außerdem, so Barak, wäre ein Regierungsbeitritt im Interesse der Arbeitnehmer des Landes, da nur durch das Mitwirken der Arbeitspartei die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise wirksam bekämpft werden könnten.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte der Histadrut-Vorsitzende Ofer Eini. Er handelte für Barak nicht nur das Koalitionsabkommen mit Netanyahu aus, sondern war auch dessen wichtigster Verbündeter in den innerparteilichen Diskussionen um den Regierungsbeitritt. Eini sicherte Barak die Mehrheit auf dem Parteitag, denn die Gewerkschaftsvertreter stimmten für den Regierungsbeitritt. In seiner Rede führte Eini als zentrales Argument an, dass es angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise notwendig sei, dass die Arbeitspartei mit der Netanyahu-Regierung zusammenarbeite. Nur so könnten Arbeitsplätze gerettet und die Anwendung neoliberaler Lösungskonzepte zulasten der Arbeitnehmer verhindert werden. Und tatsächlich gelang es Eini, wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Vereinbarungen zum Schutz von Arbeitnehmerinteressen in der Koalitionsvereinbarung festzuschreiben.

3. Die Geschichte wiederholt sich: Macht um jeden Preis?

Ein Blick zurück zeigt, dass sich die Awoda vor genau acht Jahren in einer fast identischen Situation befunden hatte. Im Februar 2001 hatte Ehud Barak – nach dem Scheitern der Camp David-Friedensverhandlungen im Sommer 2000 und mitten in der kurz darauf ausgebrochenen Zweiten Intifada – in der vorgezogenen Direktwahl zum Amt des Ministerpräsidenten eine empfindliche Niederlage gegen den Likud-Vorsitzenden Ariel Sharon hinnehmen müssen. Sharon lud die Arbeitspartei, mit 26 Mandaten weiterhin die stärkste Fraktion in der Knesset, ein, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Auf dem daraufhin einberufenen Parteitag der Arbeitspartei, der sich mit 66% der Stimmen für einen Beitritt zur Regierung Sharon aussprach, wurde eine Debatte geführt, die auf frappierende Weise der vom Frühjahr 2009 glich.

Shimon Peres, dem Sharon das Amt des Außenministers angeboten hatte, überzeugte den Parteitag 2001 mit dem Argument, dass nur mit der Arbeitspartei der Oslo-Prozess fortgesetzt werden könnte und dass nur mit der Awoda Frieden erreichbar wäre. Nach der Abstimmung sagte er: „Das Land hat jetzt eine Chance zum Frieden, und die Partei die Chance, sich zu erneuern. Diese Partei wird nicht aufhören zu existieren.“ Der 77-jährige Peres übernahm damit praktisch wieder die Führung der Arbeitspartei, denn Ehud Barak war nach der Wahlniederlage von seinen politischen Ämtern zurückgetreten.

Eine beträchtliche Zahl führender Politiker der Arbeitspartei sprach sich auf dem damaligen Parteitag vehement gegen diesen Schritt aus. In einer erbitterten Debatte argumentierten sie, dass die Partei weiter an politischer Bedeutung verlieren würde und Sharon die Arbeitspartei als Feigenblatt benutzen würde, um den Friedensprozess zum Scheitern zu bringen, ohne dabei internationale Legitimität einzubüßen. Shlomo Ben-Ami, Außenminister unter Barak, war zusammen mit Yossi Beilin der heftigste Kritiker dieser Entscheidung. Er sagte auf dem Parteitag, die Partei bewege sich mit diesem Schritt auf ihren „klinischen Tod“ zu und es sei für ihn unerträglich mit anzusehen, wie die Partei sich Sharon andiene.

Zwei faktisch identische Konstellationen, und beide Male haben die Partei und ihre Führer die gleiche Entscheidung getroffen. Shimon Peres gewann die Mehr-

heit des Parteitages 2001 für sich, trat in die Sharon-Regierung ein und wurde Außenminister. Ehud Barak überzeugte den Parteitag 2009, trat in die Netanyahu-Regierung ein und wurde Verteidigungsminister. Beide entschieden sich für die Machtbeteiligung und gegen den Gang in die Opposition. Beide versprachen, sich für eine Erneuerung der Partei und die Wiedererlangung verlorener Stärke einzusetzen. Shimon Peres hat nie praktische Schritte in diese Richtung unternommen, sondern die Partei in den Folgejahren als Juniorpartner weiterer Regierungskoalitionen geführt. Die Zahl der Knesset-mandate sank dabei von 26 auf 19 bei der Wahl 2003. Im November 2005, nachdem er Amir Peretz bei den Wahlen zum Parteivorsitzenden unterlegen war, verließ Shimon Peres die Arbeitspartei und schloss sich der kurz zuvor von Ariel Sharon gegründeten Kadima-Partei an.

Bisher deutet nichts darauf hin, dass Ehud Barak bei seinen Bemühungen um eine Erneuerung und ein Wiedererstarken der Arbeitspartei erfolgreicher ist als Shimon Peres. Er übernahm die Führung der Partei 2007 von Amir Peretz, nachdem dieser im Gefolge des Zweiten Libanon-Krieges von seinem Amt zurück-getreten war. Unter dem Vorsitz von Barak hat sich die Zahl der Mandate bei der Knessetwahl 2009 erneut drastisch verringert, von 19 (dieses Ergebnis war sowohl bei den Wahlen 2003 wie auch 2006 erreicht worden) auf nur noch 13 Sitze. Selbst dieses Wahlergebnis und eine empfindlich geschwächte Partei waren für Barak kein Grund innezuhalten, sich mit den Ursachen der dramatischen Wahlniederlage und dem anhaltenden politischen Bedeutungsverlust zu beschäftigen und im Dialog mit der Partei eine Strategie für deren Erneuerung in Angriff zu nehmen. Ganz zu schweigen von personellen Konsequenzen. Stattdessen ging er unverzüglich zur Tagesordnung über, trat in die Netanyahu-Regierung ein und übernahm erneut das Amt des Verteidigungsministers, welches er bereits in der Vorgängerregierung von Ehud Olmert innehatte. Die Parteiführung nimmt offenbar nicht zur Kenntnis, dass sie auf diese Art und Weise das wichtigste politische Kapital der Partei verspielt: ihre Glaubwürdigkeit.

Der sich für den Betrachter von außen wie im Zeitraffer vollziehende politische Niedergang der Partei, die den Staat Israel gegründet und jahrzehntelang geprägt hat, wird von der politischen Öffentlichkeit des Landes mit großer Aufmerksamkeit, oftmals mit Betroffenheit und mit Ungläubigkeit verfolgt und kommentiert. Der renommierte Journalist Yossi Verter schrieb dazu nach der

Wahl 2009 in der Zeitung Haaretz: „Von Wahl zu Wahl ist die Partei schwächer geworden, ihre Werte sind verblasst und ihre Führer sind umgefallen wie Schießbudenfiguren. Geblieben ist einzig die Gier nach Macht um jeden Preis. Diese Partei hat in 17 Jahren 31 Knessetsitze verloren und sich niemals wirklich gefragt, was falsch gelaufen ist.“

4. Barak und seine Gegner in der Partei

Ehud Barak hat auf dem Parteitag zwar eine Mehrheit für die Regierungsbeteiligung erhalten, trotzdem stehen sich beide Lager – die Gegner und die Befürworter seiner Politik – seitdem unversöhnlich gegenüber. Auch die Knesset-Fraktion der Arbeitspartei ist gespalten, denn fünf der 13 Abgeordneten lehnten das Bündnis mit den Rechten ab. Von den verbleibenden acht Abgeordneten gehören sieben der Regierung an, fünf als Minister und zwei als Vizeminister. Bei der Abstimmung über die neue Regierung waren Baraks Gegner zwar anwesend, nahmen aber nicht an der Abstimmung teil.

Vier von ihnen – Eitan Cabel, Amir Peretz, Yuli Tamir und Ophir Pines-Paz – machten keinen Hehl aus ihrem Plan, die Awoda-Fraktion zu verlassen und eine eigene Fraktion zu gründen. Sie wurden von nun die vier „Rebellen“ genannt. Ihr Vorhaben scheiterte jedoch daran, dass nach den bestehenden Gesetzen für solch einen Schritt die Unterstützung von 30% der bestehenden Fraktion erforderlich ist. Im Falle der 13-köpfigen Awoda-Fraktion wären das mindestens fünf Abgeordnete. Die Gruppe der Rebellen bestand jedoch nur aus vier Abgeordneten und es gelang ihnen nicht, einen weiteren hinzuzugewinnen.

Barak ging von nun an entschieden gegen seine innerparteilichen Opponenten vor. Zuerst entließ er Anfang Mai Eitan Cabel - dieser hatte ihn auch in der Öffentlichkeit immer wieder kritisiert - aus seinem Amt als Generalsekretär und ersetzte ihn durch Weizman Shiri. Amir Peretz sprach daraufhin in einem Interview mit dem in Israel sehr populären Armeeradio von einem innerparteilichen „Säuberungsprozess“ und bezeichnete Barak als "Diktator". Wie vergiftet die Atmosphäre ist, belegt das erste große Interview, das Weizman Shiri als neuer Generalsekretär Anfang Juni 2009 der Presse gab. In einer sehr aggressiven Sprache warf er den vier „Rebellen“ vor, nicht im Interesse der Partei zu handeln, sondern von einer eigensüchtigen und persönlichen Agenda geleitet zu sein. Yuli Tamir, Mitbegründerin von „Peace Now“ und Ministerin in mehreren Regie-

rungen, unterstellte er Heuchelei, worauf diese erwiderte, Shiri sei ein pathetischer Söldner, der für Barak die ideologischen Kriege führe, da dieser sich nicht traue, dies selbst zu tun.

Nach dem Austausch des Generalsekretärs war Baraks nächste Maßnahme die Reform des Parteistatuts. Am 05.08.2009 traf sich dafür der stets als Parteitag bezeichnete Konvent des Zentralkomitees, das ca. 1.600 Mitglieder hat. Zentrales und von heftigen Kontroversen begleitetes Thema der Reform war die Festlegung des Datums für die Neuwahl des Parteivorsitzenden. Die bisher gültige Regel sah vor, dass innerhalb von 14 Monaten nach einer verlorenen Wahl der Parteivorsitz neu zu wählen ist. Barak setzte aber durch, dass er sich, ungeachtet der unter seiner Führung erlittenen schweren Wahlniederlage erst in drei Jahren, also im Oktober 2012, einer Wahl stellen muss. Rechenschaft über seine Politik, die in die Wahlniederlage führte und die politische Talfahrt der Arbeitspartei fortsetzte, musste er also nicht ablegen. Mit der im neuen Statut außerdem verankerten Abschwächung des politischen Gewichts des Generalsekretärs sowie der Reform parteilicher Gremien und innerparteilicher Entscheidungs- und Führungsstrukturen stärkte er seine Position als Parteivorsitzender erheblich. Es gelang ihm, eine Mehrheit des Zentralkomitees hinter sich zu bringen und seine innerparteilichen Kritiker weitgehend zu isolieren. Diese warfen ihm vor, die Partei diktatorisch und undemokratisch zu führen. Barak erwiderte darauf in seiner Rede, dass das neue Statut keinesfalls diktatorisch und die Reform notwendig sei, da das bisherige Statut veraltet und voller innerer Widersprüche gewesen sei und die Partei damit nicht mehr geführt werden könne. Er bezeichnete die Partei als gesund und lebendig und rief seine Opponenten zur Einheit auf. Er habe keinen Zweifel daran, dass die Arbeitspartei die nächsten Wahlen gewinnen würde.

Ungeachtet der Aufrufe Baraks zu Einheit und Geschlossenheit dauerten die innerparteilichen Auseinandersetzungen auch nach der Abstimmung über die Reform des Statuts an. Während Barak argumentierte, dass seine Opponenten sehr wohl eine abweichende Meinung haben könnten, sich aber an die Beschlüsse der Partei halten müssten, sagten diese, Barak höhle die Grundwerte der Partei und ihre demokratischen Prinzipien aus, und dass sie dem nicht tatenlos zusehen würden. Die „Rebellen“ und ihre Anhänger ließen in ihrem Widerstand nicht nach. Sie kritisierten Barak in der Öffentlichkeit und folgten bei Abstimmungen in der

Knesset immer wieder nicht der Linie des Parteivorsitzenden bzw. der Regierungskoalition. Zeitweise wurden sie dafür mit dem Entzug von Redezeit und des Vorschlagsrechts von Gesetzen bestraft. Shelly Yachimovich und Ophir Pines-Paz protestierten öffentlich gegen diese Bestrafung von Abgeordneten, die einzig ihrem Gewissen, dem Auftrag der Wähler und den Grundwerten ihrer Partei folgen würden.

Um den eigenen politischen Vorstellungen ein Forum zu geben, gründeten die vier „Rebellen“ am 08.11.2009 die „Demokratische Plattform“. Als weiterer Abgeordneter schloss sich Daniel Ben-Simon dieser Initiative an, ohne jedoch dazu bereit zu sein, sich den vier ganz anzuschließen. Damit wäre die notwendige Zahl erreicht, um eine eigene Fraktion zu gründen und sich von der Partei trennen zu können. Ziel der Initiative, bei deren Gründungsveranstaltung ca. 300 Awoda-Aktivisten anwesend waren, war die Schaffung eines politischen Forums innerhalb der Partei, um dort eine alternative Politik zu Ehud Baraks Kurs zu formulieren. Die meisten Anwesenden betonten, dass es nicht um eine Spaltung der Partei gehe, sondern um deren Erneuerung von innen. Ophir Pines-Paz sagte auf der Veranstaltung: „Wir sind hier, die Partei zu retten. Rabins Weg wird heute nicht mehr weitergeführt. Alle reden über Frieden, aber Frieden ist längst ein Wort ohne Inhalt geworden. Wir unterstützen praktisch die Rechte, wir sind das fünfte Rad am Wagen der Rechten. Es gibt keinen Zweifel, dass eine neue Awoda entstehen muss. Dies kann von innen geschehen oder von außen. Die demokratische Plattform ist das Mittel dazu.“ Eitan Cabel meinte dagegen: „Die Arbeitspartei ist keine Alternative mehr. Die Arbeitspartei ist tot.“

Dies bleibt jedoch die einzige Zusammenkunft der „Demokratischen Plattform“. Die Gruppe der „Rebellen“ und ihre Unterstützer in der Partei scheiterten bei dem Versuch, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen und innerhalb der Partei eine alternative Politik zu formulieren. Sie haben es nicht einmal dazu gebracht, sich auf einen Führer bzw. Sprecher zu einigen. Pines-Paz hat inzwischen sein Knesset-Mandat niedergelegt und die Partei nach jahrzehntelanger Mitgliedschaft verlassen. Prof. Yuli Tamir hat die Knesset und die aktive Politik ebenfalls verlassen und leitet jetzt ein College, während Eitan Cabel und Amir Peretz ihren offenen Widerstand gegen Barak aufgegeben haben. Als Amir Peretz gefragt wurde, ob er und Eitan Cabel nun mit „eingezogenem Schwanz“ in die Reihen der Partei zurückgekehrt seien, antwortete er am

10.03.2010 in Haaretz: „Wir haben versucht, eine neue Partei zu gründen. Es gibt Hunderttausende politisch heimatloser Wähler zwischen Kadima und Meretz, denn Barak hat die Arbeitspartei inzwischen rechts von Kadima positioniert. Jetzt besteht das Ziel darin, die Partei aus der Regierung zurückzuziehen, alternative politische Positionen zu formulieren, ohne doppelte Standards, Ehud Barak als Parteivorsitzenden abzulösen und eine neue Führung zu wählen.“

5. Doppelte Standards in der Politik der Arbeitspartei?

Der Vorwurf doppelter Standards in der politischen Praxis der Arbeitspartei, des Auseinanderklaffens von öffentlichen politischen Statements und dem konkreten Regierungshandeln und Verhalten in Abstimmungen im Kabinett und in der Knesset wird Ehud Barak und den in der Regierung vertretenen Ministern der Arbeitspartei nicht nur von Amir Peretz und den anderen „Rebellen“ gemacht. Diese Einschätzung vertreten auch maßgebliche Vertreter der israelischen Öffentlichkeit, einflussreiche Journalisten genauso wie namhafte Akademiker. Eine große Zahl von Israelis ist inzwischen der Meinung, dass Worte und Statements auf der einen und politische Taten und Ergebnisse auf der anderen Seite bei der Arbeitspartei immer weiter auseinander-klaffen.

Das zentrale Argument Ehud Baraks für den Eintritt in die ansonsten ausgesprochen rechte Regierungskoalition war, dass es nur mit Beteiligung der Arbeitspartei an der Regierung Fortschritte im Friedensprozess geben könne und es ohne die Arbeitspartei erneut Konfrontation, Terror und zunehmende Unsicherheit für Israel geben werde. Als Verteidigungsminister und faktisch zugleich als Außenminister – die arabischen und muslimischen Staaten lehnen Außenminister Avigdor Lieberman aufgrund seiner anti-arabischen und extrem rechten Positionen als Gesprächspartner ab – spielt Ehud Barak im Duett mit Benjamin Netanyahu die zentrale Rolle bei der Formulierung und Umsetzung der israelischen Außen- und Sicherheitspolitik. Er hat also weitreichende Möglichkeiten, die israelische Politik und damit den Friedensprozess zu beeinflussen.

Messbare Ergebnisse kann er bisher jedoch nicht bzw. nur bedingt vorweisen. Zwar betont er, dass die von Netanyahu im Juni 2009 an der Bar-Ilan-Universität gegebene grundsätzliche Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung ganz wesentlich dem Wirken der Arbeitspartei in der Regierung geschuldet sei. Jedoch sind

dieser im israelischen Diskurs sehr oft zitierten Rede bisher keine konkreten politischen Schritte Netanyahus gefolgt. Eher im Gegenteil. Die Regierung unterstützt fortgesetzte israelische Bautätigkeit im Ostteil Jerusalems, und der Friedensprozess mit den Palästinensern steckt fest. Trotz der im Mai aufgenommenen „Proximity Talks“ scheint eine Lösung des Konflikts im Moment ferner denn je. Das Verhältnis zu Israels wichtigstem Verbündeten, den USA, befindet sich seit Monaten in einer Krise. Nach dem Vorfall um den Gaza-Schiffskonvoi, für den Ehud Barak in Israel als der Hauptverantwortliche angesehen wird, hat sich die internationale Kritik an Israels Politik und zugleich die Isolation des Landes deutlich erhöht. Und aus dem strategisch so wichtigen einzigen Verbündeten in der Region, der Türkei, ist in der Person von Ministerpräsident Erdogan inzwischen einer der heftigsten Kritiker Israels geworden. Das kann man nur schwerlich als eine politische Erfolgsbilanz bezeichnen.

Neben der großen politischen Bühne, den Treffen mit Barack Obama, Angela Merkel, Mahmud Abbas oder George Mitchell und den dort abgegebenen Statements für Dialog und Frieden ist es aufschlussreich für die politische Einschätzung des Wirkens der Vertreter der Arbeitspartei in der Regierung, sich deren Agieren im politischen Alltag, in den Abstimmungen im Kabinett und in der Knesset anzuschauen. Drei konkrete Beispiele sollen hier angeführt werden:

Erstens: Das so genannte Referendum-Gesetz. Dieses von der politischen Rechten initiierte und von den Ministern der Arbeitspartei unterstützte Gesetz wurde am 09.12.2009 von der Knesset verabschiedet. Es sieht vor, dass ein israelischer Abzug von den Golan-Höhen durch ein Referendum bestätigt werden muss. Die Hürden für einen Frieden mit Syrien wurden damit ganz gezielt erhöht, denn es ist allgemein bekannt, dass die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung den Golan als festen Bestandteil Israels ansieht und nicht zustimmen wird, das von Israel 1967 besetzte und 1981 völkerrechtswidrig annektierte Gebiet zu räumen. Ehud Barak, gefragt, warum er für dieses Gesetz gestimmt habe, antwortete, dass er eigentlich gegen das Gesetz gewesen sei. Es würde nur unnötigen Druck auf den Ministerpräsidenten ausüben, falls dieser Verhandlungen mit den Syrern beginne. Weiterhin lehne er das Gesetz ab, weil es den falschen Eindruck erwecke, dass Israel sich einem Frieden mit Syrien widersetze. Auch sei er eigentlich gegen Referenden, da diese dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie entgegenliefen. Er

habe dann aber für das Gesetz gestimmt, da Meretz diese Abstimmung zu einem Misstrauensvotum gegen die Regierung gemacht habe.

Zweitens: Die Abstimmung im Kabinett am 13.12.2009 über die Nationale Prioritätenliste. In dieser von der Regierung erstellten Schwerpunktliste nationaler Investitions- und Infrastrukturprojekte befanden sich auch vier illegale Siedlungsaußenposten (nach internationalem Verständnis ist die gesamt israelische Besetzung der Westbank völkerrechtswidrig, aber die Außenposten sind auch nach israelischem Gesetz illegal). Barak war laut Presseberichten anfangs offenbar bereit, diese Liste zu bestätigen. Erst nach entschiedenen Protesten und öffentlicher Bekanntmachung dieser Tatsache durch Eitan Cabel und Ophir Pines-Paz stimmten er und die anderen vier Minister der Arbeitspartei dagegen. Die Abstimmung endete 21 zu 5, und die Liste wurde durch das Kabinett bestätigt.

Drittens: Eine Entscheidung von Ehud Barak in seiner Funktion als Verteidigungsminister und damit Verantwortlicher für alle Aktivitäten der israelischen Regierung in der besetzten Westbank. Im Januar 2010 verfügte Barak, dass das Ariel College in der Westbank den Status als „universitäres Zentrum“ erhalten solle. Verbunden mit dieser höheren Einstufung ist die Zuweisung von mehr staatlichen Mitteln. Die Presse berichtete, dass diese Höherstufung Teil des von Netanyahu mit Avigdor Lieberman und Yisrael Beitenu abgeschlossenen Koalitionsabkommens sei. Der Rat für Höhere Bildung, das für solche Entscheidungen zuständige Gremium im Bildungswesen, protestierte und teilte mit, dass das College die notwendigen akademischen Kriterien für so eine Höherstufung nicht erfülle und man diese Entscheidung nicht anerkenne.

Zur Bilanz von Ehud Barak zählt auch, dass sich die Zahl der mehr als hundert israelischen Siedlungsaußenposten in der Westbank in seiner Zeit als Verteidigungsminister nicht verringert hat. Er bestätigt zwar, dass die Außenposten auch nach israelischen Gesetzen illegal sind und geräumt werden müssten. Aber von der Räumung einiger weniger Außenposten abgesehen hat sich an der Politik der stillschweigenden Duldung der Außenposten auch unter Ehud Barak nichts wirklich geändert.

Linke Politiker und Journalisten kritisieren Barak besonders heftig. Yossi Sarid, früherer Vorsitzender von Meretz und Bildungsminister a. D. sagt, dass Barak und die

Awoda mit der Entscheidung zum Ariel-College die Besetzung der Westbank legitimieren und zementieren würden. Die Journalistin Avirama Golan geht noch weiter in ihrer Kritik an Barak, denn sie stellt fest: „Mit der einen Hand unterzeichnet er eine Anordnung zum Baustopp und mit der anderen bewilligt er ein Budget.“

Die genannten Beispiele stehen – auf der innenpolitischen Ebene – für eine Politik, die den Friedensprozess und die Zwei-Staaten-Lösung eher behindert als fördert, denn den Siedlern und anderen rechten Kräften werden immer wieder neue Zugeständnisse gemacht. Ehud Barak muss sich dabei an seinen eigenen Aussagen messen lassen. Er ließ am 03.02.2010 in seiner Rede auf der Herzliya-Konferenz keinen Zweifel daran, dass es für Israel keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung gibt. Er erklärte: „Wenn es nicht zu einer Zwei-Staaten-Lösung kommt, wird Israel entweder nicht länger jüdisch oder nicht mehr demokratisch sein. Man wird den Palästinensern in den besetzten Gebieten nicht auf Dauer das Wahlrecht verweigern können – das wäre das Ende Israels als jüdischer Staat. Die Alternative wäre die Verwandlung in einen Apartheid-Staat, in ein neues Südafrika oder Rhodesien. Nur ein territorialer Kompromiss mit den Palästinensern kann eine solide jüdische Mehrheit in Israel sichern.“

Baraks Analyse der Situation ist zutreffend und absolut klar. Entspricht sein Agieren als neben Premier Netanyahu wichtigster Akteur der israelischen Politik dieser Analyse? Als am 09.03.2010 der amerikanische Vizepräsident Joe Biden nach Israel kam, um die durch amerikanische Vermittlung zustande gekommene Aufnahme indirekter Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern bekanntzugeben, teilte die Stadtverwaltung von Jerusalem am selben Tag mit, dass in dem Ostjerusalem Stadtteil Ramat Shlomo (aus israelischer Sicht gehört das Viertel zum israelischen Staatsgebiet, aus palästinensischer Sicht ist es Teil des Westjordanlandes) der Bau von 1600 neuen Wohnungen genehmigt wurde. Dieser Vorfall führte zu heftigen internationalen Protesten und einer Vertiefung der Spannungen zwischen Israel und den USA. Der für diesen Bereich zuständige Innenminister Eli Yishai, zugleich Vorsitzender der ultra-orthodoxen Shas-Partei, sagte dazu: „Ich danke dem Schöpfer, dass er mir das Privileg gegeben hat, der Minister zu sein, der den Bau Tausender Wohnungen in Jerusalem zu genehmigen hat.“ Weder Ehud Barak noch die anderen Minister der Arbeitspartei distanzieren sich wahrnehmbar von der Entscheidung der Jerusalemer Stadtverwaltung bzw.

von der Erklärung ihres Ministerkollegen Eli Yishai. Es stellt sich die Frage, ob es eine rote Linie für die Arbeitspartei in dem gibt, was für sie politisch nicht mehr tolerierbar ist. Wenn man sich die Äußerung von Eli Yishai ansieht und das Schweigen der Awoda-Minister, dann scheint diese Linie, falls sie überhaupt existiert, eine sehr vage und für die Öffentlichkeit kaum wahrnehmbare Kontur zu haben. Als Ophir Pines-Paz im Januar 2010 die Knesset und die Arbeitspartei verließ, sagte er zu dieser unmittelbar mit der politischen Glaubwürdigkeit seiner Partei verbundenen Problematik: „Es gibt Regierungen, denen man nicht beitreten darf und Regierungen, die man verlassen muss. Die Arbeitspartei weigert sich, diese Lehre anzunehmen. Das ist das große Problem der Arbeitspartei, dass sie um jeden Preis jeder Regierung angehören will.“

Angesichts des Stillstands bzw. Rückschritts im Friedensprozess, der schlechter gewordenen strategischen Situation Israels (Krise mit den USA, Konflikt mit der Türkei, steigende internationale Isolation) als auch der Entwicklung innerhalb der Koalition und der dort erzielten politischen Resultate muss sich die Arbeitspartei der Frage stellen, ob sie ihre beim Eintritt in die Netanyahu-Regierung formulierten Ziele erreicht hat, nämlich den Friedensprozess voranzubringen und Israels Existenz sicherer und stabiler zu machen. Oder ob es Netanyahu nicht doch gelungen ist, die Arbeitspartei zum linken Feigenblatt seiner rechten Regierung zu machen und sie zu benutzen, um den Friedensprozess weiter zu verzögern?

Konkrete Entscheidungen und Taten in Richtung Zwei-Staaten-Lösung hat es von ihm bisher nicht gegeben. Mit dem rhetorischen Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung und einem mit vielen Ausnahmen versehenen Siedlungsstopp in der Westbank ist es dem erfahrenen Taktiker Netanyahu gelungen, die Arbeitspartei in seiner Regierung zu halten, seine Macht zu stabilisieren und den Status Quo zu verwalten. Die Ereignisse im Gefolge von Israels Angriff auf den Gaza-Schiffskonvoi am 31.05.2010 sind die praktische Konsequenz dieser Politik. Sie führt nicht zu Fortschritten im Friedensprozess, sondern zu einer Zunahme von Spannungen in der Region und zu einer Verschlechterung des strategischen Umfelds für Israel.

6.25.09.2010 – Ende oder Fortsetzung des Siedlungsstopps?

Vor diesem Hintergrund gehen die Debatten um die Politik Ehud Baraks in der innerlich zerrissenen Arbeitspartei weiter. Sozialminister Isaac Herzog und Minderheitenminister Avishai Braverman machen aus ihrem Dissens zu Barak inzwischen keinen Hehl mehr und melden Führungsambitionen an. Besonders Isaac Herzog hat bereits angekündigt, bei der nächsten Wahl zum Parteivorsitz gegen Barak antreten zu wollen. Weder Herzog noch Braverman hatten sich den „Rebellen“ offen angeschlossen, zugleich aber Verständnis und auch Sympathie für deren Anliegen gezeigt. Auch für sie befindet sich die Arbeitspartei in einer tiefen Krise. Isaac Herzog sagt hierzu am 22.03.2010 in einem Interview: „Die Arbeitspartei kann sich von der Krise erholen. Dafür muss sie sich zuallererst auf ihre Werte besinnen. Die Partei muss zu ihren Aussagen stehen und klare und eindeutige Positionen vertreten. Sie hat gute Leute und die Fähigkeit, dies umzusetzen. Aber dafür muss sie ihre Werte und Ziele neu definieren und am Ende des Prozesses auch die Frage der Führung diskutieren.“

Auch die Abgeordnete Shelly Yachimovic kritisiert Barak und positioniert sich als Kandidatin für eine zukünftige neue Parteiführung. Die derzeitigen Getreuen des Parteivorsitzenden, Industrie- und Arbeitsminister Benjamin Ben-Eliezer und Landwirtschaftsminister Shalom Simhon, haben offenbar andere Ambitionen. Ben-Eliezer wird nachgesagt, Shimon Peres als Israels Präsident nachfolgen zu wollen und Simhon bewirbt sich um den Vorsitz des prestigeträchtigen Jüdischen Nationalfonds. Außerdem scheint es zunehmende Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Ben-Eliezer und Barak zu geben. Sollten diese andauern und Ben-Eliezer sich dem Lager der Barak-Gegner anschließen, wird es für letzteren sehr schwer, die Führung der Partei zu verteidigen. Ben-Eliezer war selbst von 2001-2002 Parteivorsitzender und außerdem Verteidigungsminister. Er gilt als Urgestein der Arbeitspartei und als mit allen Wassern gewaschener Politiker.

Ein wichtiges Datum in diesem Prozess ist der 25.09.2010, das Datum des Auslaufens des am 25.11.2009 von der israelischen Regierung für 10 Monate beschlossenen Stopps des Siedlungsbaus in der Westbank. Für den Fall, dass dieser Stopp nicht verlängert wird und es durch die Netanyahu-Regierung bis dahin keine ernsthaften Initiativen im Friedensprozess

gibt, haben sowohl Herzog als auch Braverman angedeutet, dass sie die Regierung verlassen könnten, um sich für einen neuen politischen Kurs der Awoda zu engagieren. Herzog sagte hierzu im bereits zitierten Interview: „Es ist vor allem der Friedensprozess, weshalb wir noch in der Regierung sind, denn wir haben den aufrichtigen Wunsch, einen Durchbruch mit den Palästinensern und den Syrern zu erreichen. Und diese Regierungspartnerschaft kann enden, wenn es in den kommenden Monaten keine Richtungsänderung gibt. Der Moment der Wahrheit wird im September kommen mit dem Ende des Baustopps, dann müssen wir uns fragen, ob wir diese Partnerschaft fortsetzen können.“

Barak sieht diesem Moment, der mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende seiner Regierungspartnerschaft mit Netanyahu und den Beginn eines offenen Machtkampfes um den Vorsitz der Arbeitspartei zur Folge haben wird, nicht untätig zu. Er versucht, Netanyahu zu entscheidenden Schritten im Friedensprozess zu bewegen, entweder mit den Palästinensern oder mit den Syrern. Dabei hofft er auf Unterstützung aus dem Weißen Haus von Präsident Obama. Bei dessen Treffen mit Benjamin Netanyahu am 06.07.2010 in Washington wurde aber nur vereinbart, dass Israel in den kommenden Wochen vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde unternehmen werde. Das klingt nicht sehr konkret und wird Baraks Position kaum stärken. Für diesen wäre ein energischer Schritt Netanyahus im Friedensprozess sehr wichtig, denn er könnte einen solchen Schritt als seinen Erfolg und als Bestätigung seiner politischen Strategie der Beteiligung an einer rechten Regierung darstellen. Wenn der Stillstand weitergeht, wird es politisch zunehmend schwierig für Barak.

Da ein solcher – im Moment nicht sehr wahrscheinlicher, aber doch nicht auszuschließender – Schritt Netanyahus unweigerlich zum Auseinanderbrechen der rechten Regierungskoalition führen wird, bemüht sich Barak auch darum, von Tzipi Livni Zusagen für deren Eintritt in die Regierung zu bekommen - einer Regierung der nationalen Einheit (Likud, Kadima, Awoda) mit dann 68 Mandaten. Tzipi Livni sieht im Moment keinen Handlungszwang in diese Richtung. Ganz im Gegenteil, sie kritisiert Netanyahu und Barak mit ungewöhnlicher Schärfe. Am 28. Juni sagte Livni, so die größte israelische Tageszeitung Yedioth Ahronot auf ihrer Internetplattform, vor der Kadima-Fraktion der Knesset: „Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und Verteidigungsminister Ehud Barak ruinieren unser Land. Sie führen

uns von einer Krise in die nächste und in eine der schlimmsten Situationen unserer Geschichte. Israel ist nicht in Schwierigkeiten, weil die ganze Welt gegen uns ist, sondern wegen der problematischen Politik dieser Regierung. Es geht nicht darum, die Regierung zu retten, sondern das Land muss gerettet werden. Dafür muss die Regierung abgelöst werden.“

7. Meretz – eine paralysierte Partei

Im Gegensatz zur Arbeitspartei, die nach innen um Werte, Identität und Führung ringt und zugleich in einer rechten Regierung handlungsfähig sein will, kann sich die andere linke Partei, Meretz, ganz der Analyse der eigenen Situation und der Suche nach Wegen der Erneuerung widmen.

Für Meretz ist die Wahlniederlage von gleicher Heftigkeit wie für die Awoda. Die Partei war mit großen Erwartungen und Ansprüchen in den Wahlkampf gestartet. Als gemeinsame Liste mit einer im November 2008 neu gegründeten linken Initiative mit dem Namen „New Movement“ präsentierte man sich als neue sozialdemokratische Bewegung und als politische Alternative zur Arbeitspartei. Amos Oz erklärte am 16.11.2008 vor der Presse: "Die Arbeitspartei hat ihre historische Mission erfüllt. Sie vertritt keine nationale Agenda mehr und tritt inzwischen jeder Regierung bei."

Das Wahlergebnis von nur drei Mandaten anstelle der angestrebten zweistelligen Sitzzahl war ein Schock für die Mitglieder und Anhänger von Meretz. Der Zusammenschluss mit der neu gegründeten linken Bewegung führte zu keinerlei Stimmenzuwachs, das Gegenteil trat ein. Im Wahlkampf unterstützte „Die Neue Bewegung – Meretz“, so der offizielle Name der Liste, anfangs die Gaza-Militäroperation der israelischen Armee. Mit der steigenden Zahl ziviler Opfer distanzierte sich Meretz von der Operation und forderte deren Einstellung. Die anfängliche Unterstützung erwies sich aber als schwerer Fehler, denn Meretz war nun für konsequente Kritiker der Militäroperation keine Alternative mehr zur Politik der Regierung. Eine weitere Ursache der Niederlage im Gefolge des Gaza-Krieges war die Irrelevanz der eigenen Wahlkampfthemen angesichts der absoluten Dominanz des Themas Sicherheit. Dazu kommt die Tatsache, dass viele Meretz-Wähler – dies gilt auch für eine große Zahl traditioneller Awoda-Wähler – mit einer Stimme für Kadima einen Sieg Netanyahus verhindern wollten und außerdem Tzipi Livni inzwischen als politisch wirkungsvollere Vertreterin des Friedenslagers

ansehen. Das Wahlergebnis machte Meretz zu einer politisch nahezu irrelevanten Mini-Partei.

Während Ehud Barak sich nicht damit aufhält, grundlegende Fragen über den Zustand seiner Partei zu stellen, sondern deren nationale Verantwortung beschwört und praktisch ohne Unterbrechung als Verteidigungsminister weiter amtiert, hat der Vorsitzende von Meretz, Chaim Oron, eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt. Aufgabe dieser Kommission unter Leitung der Politikwissenschaftlerin Prof. Tamar Hermann ist es, die Wahlniederlage und die gegenwärtige Situation von Meretz zu analysieren und Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der Partei zu geben. In dem Bericht wird Meretz als kleine linke Nischenpartei charakterisiert, für die es zwei grundsätzliche Zukunftsoptionen gäbe. *Erstens* die Schärfung des eigenen Profils, um als eigenständige Partei weiter zu existieren. *Zweitens* die Vereinigung mit einer oder mehreren anderen Parteien. Als mögliche Kandidaten werden Awoda, Hadash oder Kadima genannt. Als wichtigste Ursache für das abnehmende politische Gewicht wird die mangelnde Verankerung in ganzen Segmenten der israelischen Gesellschaft genannt, in der russischen Gemeinschaft, unter israelischen Arabern und unter moderaten Religiösen. Damit habe Meretz als linke Partei praktisch keine Verbindung zu den sozial schwächeren Schichten der Gesellschaft. Stattdessen sei Meretz eine Partei der gebildeten, ashkenasischen (mit europäischem Ursprung) und wohlhabenden urbanen Mittelschicht sowie – allerdings weit weniger als in früher – der Kibbutzbewegung.

Zur Erinnerung: Meretz bzw. ihr Vorläufer Mapam war die erste zionistische Partei, die sich für einen gerechten Frieden mit den Palästinensern und für die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels einsetzte. Nach dem Wahlsieg Yitzhak Rabins im Jahr 1992 trat Meretz mit damals 12 Knessetmandaten in dessen Regierung ein und spielte eine aktive Rolle bei der Gestaltung des Oslo-Prozesses.

Es ist offen, ob Meretz als Partei weiter bestehen wird, oder ob sich ihre Vertreter zusammen mit anderen Linken zu einer neuen politischen Kraft zusammenfinden werden oder vielleicht zu Kadima wechseln. Letzteres ist wohl am wenigsten wahrscheinlich. Seit den Wahlen ist die Partei paralysiert, faktisch in einem andauernden Schockzustand, aus dem sie sich bisher nicht befreien konnte. Machtkämpfe gibt es trotz der Wahlniederlage und der anhaltenden Krise in Meretz nicht.

Dem 2008 als Nachfolger von Yossi Beilin gewählten Vorsitzenden Chaim Oron, der als sehr integer und kompetent gilt, ist es bisher nicht gelungen, der Partei neue Impulse zu vermitteln und neue politische Perspektiven zu eröffnen.

8. Schrumpfende gesellschaftliche Basis der Linken

Die Awoda ist traditionell in der Mittel- und Oberschicht der israelischen Gesellschaft verankert sowie in der Gewerkschafts- und Kibbutz-Bewegung. Aus letzterer rekrutierte sich viele Jahre ein Teil der politischen und militärischen Elite des Landes und damit auch der Awoda. Die ehemals sehr einflussreiche Gewerkschaftsbewegung hat sehr stark an politischem Einfluss verloren und auch die Kibbutzbewegung hat ihren sozialistisch-zionistischen Charakter inzwischen weitgehend abgelegt.

Zugleich gelingt es nicht, in den sozial schwächeren Schichten Anhänger zu gewinnen. Dort verfügt die Partei über so gut wie keinen Einfluss. Damit sind besonders die moderat religiösen Mizrahim (Einwanderer aus Nordafrika und dem Mittleren Osten) sowie die ultra-orthodoxen Bürger gemeint. Das gleiche gilt für die fast eine Million Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Sie machen ca. 17% der israelischen Wählerschaft aus, was etwa 20 der 120 Knessetsitze entspricht. Sie sind auf Grund ihrer Erfahrungen in der Sowjetunion mehrheitlich gegen linke Positionen eingestellt und tendieren auf Grund ihrer Sozialisation in der autoritären sowjetischen Gesellschaft grundsätzlich zu Parteien, die diese Wertorientierung verkörpern, z. B. Avigdor Liebermans Yisrael Beitenu. In dieser Bevölkerungsgruppe erreichte die Awoda bei der Wahl 2009 weniger als ein Mandat. Besonders schmerzhaft ist die geringe politische Verankerung und Unterstützung unter den arabischen Bürgern Israels, die 20% der Bevölkerung (1,5 Mio. von 7,45 Mio. Einwohnern) ausmachen. 1992 hatten noch 20% der wahlberechtigten israelischen Araber für die Arbeitspartei gestimmt, während es 2009 nur 4,3% der arabischen Stimmen waren. Hierzu muss gesagt werden, dass im Verlauf des Nahostkonflikts (Intifada, Libanon-Krieg, Gaza-Krieg) alle zionistischen Parteien drastisch an Unterstützung im arabischen Sektor verloren haben. Die Zahlen zeigen aber auch, was möglich ist, wenn – wie unter Yitzhak Rabin – eine konsequente Friedenspolitik betrieben wird.

Inzwischen geht es für die Arbeitspartei im Wesentlichen darum, die Mittelschicht für ihre Politik zu gewinnen. Es ist die Mitte der Gesellschaft, um deren politische Unterstützung auch Kadima und der Likud, die beiden größten und politisch erfolgreichsten Parteien des Landes werben. Und hier hat die Awoda in den vergangenen Jahren aus den oben genannten Gründen auf Grund der von ihr verfolgten Politik stetig an Unterstützung verloren. Ein deutliches Indiz dieser Entwicklung ist auch die Mitgliederzahl der Partei. Zwar muss man mit den sich im Umlauf befindlichen Zahlen sehr vorsichtig sein – bei den Awoda-Primaries im Sommer 2005 hat es hierzu einen heftigen Skandal gegeben –, aber inzwischen soll die Partei nach Presseberichten nur noch 30.000 Mitglieder haben. Bei den Primaries im Dezember 2008 waren es nach eigenen Angaben noch 60.000 Mitglieder. Wenn diese Zahlen auch nur annähernd stimmen, bedeutet es, dass die Mitglieder die Partei massiv verlassen. Wie ein sinkendes Schiff?

9. Die Linke ist politisch sprachlos

Ein wirklich besorgniserregendes Symptom der gegenwärtigen Krise der israelischen Linken ist deren Sprachlosigkeit. Es gibt so gut wie keine ernstzunehmenden Ansätze – der von Meretz erstellte Untersuchungsbericht ist eine bescheidene Ausnahme – sich systematisch mit der derzeitigen Situation auseinanderzusetzen. Das politische Feuilleton produziert zwar ständig neue Meinungen und Kommentare, bleibt aber – das liegt in seiner Natur – zumeist bei den Symptomen stehen und dringt nicht zu den Ursachen vor. Führende Politiker wie Isaac Herzog oder Ophir Pines-Paz stellen zutreffende Diagnosen, die aber politisch folgenlos bleiben. Andere starten das gewohnte politische Spiel und versuchen, in neuen Konstellationen von Personen und Verbindungen eine neue Partei auf die Beine zu stellen. Wieder andere regieren einfach weiter und hoffen offenbar, mit unerwarteten Erfolgen auf der Bühne des Nahost-Friedensprozesses das Ruder des weiter sinkenden Schiffes noch einmal für eine bestimmte Wegstrecke herumzureißen. Und schließlich gibt es die, die versuchen, den Schockzustand zu verwalten und zugleich den politischen Alltag zu bewältigen. Keine hoffnungsvollen Aussichten!

In dieser Situation wird ein großes Defizit der Linken deutlich. Sie verfügen weder über Think Tanks noch vergleichbare Institutionen, in denen Ideen, Konzepte und politische Strategien produziert werden. Voller Neid blickt man in die USA und träumt von einer israeli-

schen Version des CAP, dem Center for American Progress, das neben anderen Think Tanks für Barack Obama und seine Politik die intellektuelle Vorarbeit leistete und weiter leistet. Dabei muss man gar nicht so weit blicken, denn erfolgreiche Beispiele gibt es im eigenen Land. Die israelische Rechte verfügt über gut arbeitende Institutionen, die die konzeptionelle Vorarbeit für die eigenen Politiker leisten. Das Shalem Center Jerusalem und die Herzliya Conference des IDC (Interdisciplinary Center Herzliya) leisten in diesem Bereich sehr gute Arbeit. Als Benjamin Netanyahu am 31. März 2009 das Amt des Ministerpräsidenten antrat, konnte er gut vorbereitet an die Umsetzung seiner politischen Ziele gehen. Auch in anderer Hinsicht kann die Linke von Netanyahu lernen. Als Ariel Sharon im Herbst 2005 zusammen mit seinen Anhängern den Likud verließ, um gemeinsam mit Vertretern der Arbeitspartei Kadima zu gründen, blieb Netanyahu mit einer zusammengesetzten Knessetfraktion zurück. Bei den Wahlen im März 2006 erreichte der Likud unter Netanyahus Führung lediglich 12 Mandate. In dieser Situation bewies Netanyahu beeindruckendes politisches Stehvermögen. Er ging in die Opposition, stellte die Partei inhaltlich und personell neu auf, formulierte von rechts eine klare politische Alternative und erreichte nur drei Jahre später bei den Wahlen im Februar 2009 27 Sitze in der Knesset.

Dem Shalem Center oder der Herzliya Conference vergleichbare Think Tanks stehen der israelischen Linken nicht zur Verfügung. Jedoch existiert, jedenfalls physisch, mit der Berl-Katznelson-Foundation, die der Arbeitspartei nahesteht, eine Institution, die diese Rolle sehr wohl spielen könnte. Voraussetzung dafür wäre aber, dass man sich in der Arbeitspartei des existierenden Problems – der dringenden Notwendigkeit einer inhaltlich-konzeptionellen Vorbereitung und Grundierung der eigenen Politik – bewusst würde, darauf aufbauend der politische Wille zu grundlegender Veränderung entstünde und schließlich die für den Aufbau eines eigenen Think Tanks notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt würden. Das ist aber nicht der Fall.

Hinzu kommt, dass es in der israelischen Linken derzeit kaum wirklich kreative Politiker gibt, die angesichts der Probleme und Herausforderungen, vor denen Israel steht, neue Konzepte linker Politik entwickeln. Und die dabei die Debatten und Entwicklungen in der europäischen Sozialdemokratie und der amerikanischen demokratischen Partei aufmerksam verfolgen und in ihre

eigenen Überlegungen einfließen lassen. Einer der wenigen linken Politiker in Israel, der dazu in der Lage war und dies auch tat, war Yossi Beilin, der Mitbegründer der Genfer Initiative. Als er 2001, nach dem Beitritt der Arbeitspartei zur Sharon-Regierung, zu dem Schluss kam, dass mit dieser Partei keine wirklich sozialdemokratische Politik mehr möglich war, erarbeitete er eine neue politische Strategie. Er verließ die Arbeitspartei, gründete 2004 Meretz-Yachad und entwickelte für die neue Partei ein umfassendes und kohärentes politisches Programm. Er suchte sich Verbündete für seine Ideen und Ziele und versuchte, sie umzusetzen. Dass dies nur bedingt gelang, steht auf einem anderen Blatt.

Auch Amir Peretz - mit Einschränkungen und trotz seiner späteren Fehler als Verteidigungsminister - hat bewiesen, dass die Besinnung auf sozialdemokratische Werte und Inhalte und die Aufstellung eines überzeugenden und kohärenten politischen Programms ein Erfolg versprechender Weg ist. Für die Knessetwahl 2006 hat er ein auf sozialdemokratischen Grundsätzen basierendes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm aufgestellt, mit dem er in der Wahl erfolgreich bestand. Es gelang ihm, den Negativtrend für die Arbeitspartei aufzuhalten und die bei der Wahl 2003 errungenen 19 Mandate zu verteidigen und die Partei zu stabilisieren.

Eine alternative politische Strategie der Linken mit konzeptioneller Substanz und realistischen Ansätzen ist derzeit nicht in Sicht. Vielleicht mit der Ausnahme eines Beitrags, der für Aufmerksamkeit und Diskussionen sorgt, den die Mehrheit der führenden Linken in Israel jedoch ablehnt oder sogar belächelt. Es handelt sich um das von Elad Yaniv und Shmuel Hasfari im September 2009 der Öffentlichkeit vorgestellte Programm „Die nationale Linke“. In ihrer Analyse der aktuellen Situation schreiben sie: „Seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 hat die Linke aufgehört, eine Linke zu sein, weil sie den Willen zur Veränderung aufgegeben hat. Die Linke ist damit gestorben. Die jetzige Linke ist schwach, verbraucht und nicht patriotisch. Nur Mitglieder der Elite und Reiche unterstützen sie. Von der Linken ist lediglich eine Karikatur übrig geblieben, so dass Linker heute in Israel ein Schimpfwort ist. Die Linke hat ihren Bezug zum Nationalen verloren und dieses Feld den Rechten überlassen. Um wieder eine wirkliche Linke zu werden, muss sich die Linke das Nationale zurückerkämpfen.“

Yaniv und Hasfari sehen vor allem in der Rückeroberung des Nationalen die Zukunft der Linken. Mit dieser Perspektive berühren sie in ihrem Manifest ganz zentra-

le Themen von Politik und Gesellschaft wie den Nahostkonflikt, das Verhältnis zu den Arabern in Israel, Armut und fehlende soziale Gerechtigkeit, das Siedlungsprojekt, jüdische Identität, Moral in Politik und Gesellschaft, Solidarität, Zionismus. Aber die von ihnen vorgeschlagenen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Entwürfe entsprechen nicht dem Erkenntnis- und Erfahrungsstand unserer Zeit. Sie erscheinen wie eine in die Gegenwart übertragene Kopie der sozialistisch-zionistischen Ideen von David Ben-Gurion. Für Yaniv und Hasfari sind persönliches Beispiel, Verantwortung und Bescheidenheit die moralischen Grundpfeiler eines antikapitalistischen Gesellschaftsbildes, das auf eigenartige Weise abgekoppelt zu sein scheint von der modernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Mit den aktuellen Debatten der internationalen Sozialdemokratie zu diesen Themen sind sie ganz offensichtlich nicht vertraut.

10. Wird Tzipi Livni die Linke erlösen?

Derzeit ist nur schwer absehbar, in welche Richtung sich das mitte-links Spektrum in Israel entwickeln wird. Es ist völlig offen, ob es der Arbeitspartei und Meretz gelingt, sich zu konsolidieren, zu erneuern und zu neuer politischer Stärke zu finden. Sollte dies nicht gelingen – was die Mehrheitsmeinung in der israelischen Öffentlichkeit und in der Linken selbst ist –, gibt es zwei grundsätzliche Optionen: Entweder es kommt zur Schaffung einer neuen linken Partei oder Bewegung (bestehend aus Vertretern von Awoda, Meretz und Grünen) oder Kadima entwickelt sich, mit neuen Mitgliedern aus den traditionellen linken Parteien, zur einer mitte-links Partei, die Ziele der sozialdemokratischen Bewegung und des Ausgleichs mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn in ihre Politik integriert und damit zur echten politischen Alternative zu dem vom Likud angeführten rechten Lager wird.

Derzeit erscheint die Kadima-Option als linkes Wunschenken, dem allerdings eine beträchtliche Anzahl besonders junger Linker anhängt. Sie sehen in Kadima eine echte politische Alternative zur derzeitigen Linken. Aber Tzipi Livni ist trotz ihrer eindeutigen Befürwortung der Zwei-Staaten-Lösung keine linke bzw. mitte-links Politikerin. Von ihr gibt es bisher keinerlei Signale, sich programmatisch in Richtung Sozialdemokratie zu bewegen. Das hindert einzelne Kadima-Vertreter nicht daran, sich als Sozialdemokraten zu bezeichnen. Jedoch hat Kadima einen starken rechten Flügel, dessen Vertreter Positionen einnehmen, die sich kaum von der Politik

der Netanyahu-Regierung unterscheiden. Erst wenn dieser Flügel, angeführt von ex-Generalstabschef Shaul Mofaz, die Partei verlassen würde, könnte sich das Gesicht Kadimas spürbar verändern.

Kadima ist eine Zentrumspartei, die sich unter Führung von Tzipi Livni zur Zwei-Staaten-Lösung bekennt, in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen aber eher liberale Positionen vertritt. Das politische Zentrum ist der Ort, wo die Partei erfolgreich ist und von wo sie sich kaum fortbewegen wird. Das wäre mit Sicherheit ein politischer Fehler. Ein über die eindeutige Positionierung im Friedensprozess hinaus klar definiertes politisches Programm hat Kadima bisher nicht. Die Parteivorsitzende Tzipi Livni ist aus dem Likud zu Kadima gekommen und hat eine rechte politische Sozialisierung. Ariel Scharon hatte sie massiv gefördert und zur Ministerin gemacht. Sie vertritt – außer ihrem klaren Bekenntnis zu einer Friedenslösung mit den Palästinensern – in anderen Politikfeldern keine sozialdemokratischen Positionen. Sozialistische Ideen sind ihr vollkommen fremd. Durch ihre klare Opposition zu Benjamin Netanyahus Politik wurde sie aber zur Führerin des Friedenslagers in Israel. Sie ist ganz offenbar zur politischen Projektionsfläche für all jene geworden, die von Ehud Barak und der Arbeitspartei restlos enttäuscht sind und Meretz inzwischen als politisch irrelevant ansehen. Infolge dieser von vielen Israelis geteilten Wahrnehmung, die nicht unbedingt der politischen Realität entspricht, wird Kadima als mitte-links Partei gesehen, während sie tatsächlich als mitte-rechts Partei eingeschätzt werden muss, als eine Zentrumspartei mit einem starken rechten Flügel.

Tzipi Livni gilt zudem als „saubere“ und unbestechliche Politikerin, die noch nie in Skandale verwickelt war. Viele Menschen, vor allem junge, vertrauen ihr daher und sehen in ihr einen neuen, von moralischen Prinzipien geleiteten Politikertyp. Sie gilt als das Gegenbeispiel zu einer von Skandalen und Korruption gekennzeichneten Politikerkaste, zu der auch Ehud Barak gezählt wird. Auch ist es Livni zu verdanken, dass Kadima von vielen Frauen gewählt wurde. Dazu kommen die vielen traditionellen Wähler von Arbeitspartei und Meretz, die jetzt in ihr die beste Vertreterin ihrer politischen Ziele sehen. Damit hat Kadima in kurzer Zeit eine sehr breite Anhängerschaft quer durch das gesamte säkulare politische Spektrum gewonnen.

Aber von ihren Problemen und der Aufgabe, die linken politischen Kräfte in Israel neu zu formieren und eine

neue politische Agenda zu entwickeln, wird Tzipi Livni die Linke mit großer Wahrscheinlichkeit nicht befreien können und wohl auch nicht wollen.

11. Fazit

Ein schnelles Ende der Krise der israelischen Linken ist nicht in Sicht. Sowohl der Awoda als auch Meretz fehlt es derzeit an Konzepten und Personen, eine inhaltliche und personelle Erneuerung sowie die Wiedererlangung politischer Handlungs- und Gestaltungskraft auf den Weg zu bringen. Die Arbeitspartei ähnelt einem langsam aber stetig sinkenden Schiff, das unfähig scheint, seinen für alle sichtbaren Kurs in den Abgrund zu ändern. Solange die derzeitige Führungsmannschaft die Kommandogewalt hat, gibt es keine Aussicht auf Besserung. Meretz ähnelt einem Boxer, der nach einem schweren Knockout nicht mehr auf die Beine kommt. Die Partei ist paralysiert und hat offenbar nicht die Kraft, sich eine neue Perspektive zu erarbeiten. Für beide Parteien gilt: Eine Rettung von außen in der Gestalt Tzipi Livnis und von Kadima wird es nicht geben. Kadima ist politisch erfolgreich als eine Partei der Mitte, die ihre politische Positionierung gewiss nicht verändern wird.

Das große Manko der Arbeitspartei besteht darin, dass die Partei und ihre Führung seit Jahren nicht den politischen Willen und die Kraft aufbringen, sich ernsthaft und systematisch mit den Ursachen für den kontinuierlichen Niedergang der Partei auseinanderzusetzen. Es kommt nicht zu der dringend erforderlichen, ehrlichen politischen Bestandsaufnahme, um die Partei politisch und personell neu aufzustellen. Es werden nicht die Wurzeln, sondern die Symptome der Probleme diskutiert, statt über politische Inhalte wird über Personen und Machtkonstellationen gestritten.

Am Ende haben sich in der Arbeitspartei die immer gleichen Politiker durchgesetzt, denen das Wichtigste ganz offenbar die Beteiligung an der Macht ist, während die Partei ihr Profil, ihre politische Substanz und ihre Glaubwürdigkeit verliert. Weder in der Friedenspolitik – wo sie von dem politischen Falken Ehud Barak dominiert wird –, noch in Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik hat die Awoda ein klares und eigenständiges Profil. Mit ihrer derzeitigen Politik kann die Awoda nur noch bedingt als sozialdemokratische Partei bezeichnet werden. Sie hat ihre Rolle als führende Kraft des Friedenscamps in Israel verloren und ist keine politische Alternative mehr zum rechten Likud.

Die Partei hat nicht nur ihre Wähler und Anhänger verloren, auch die eigenen Mitglieder laufen ihr davon.

Wenn diese Entwicklung nicht in naher Zukunft aufgehalten wird, ist es das wahrscheinlichste Szenario, dass die Partei von der politischen Bühne verschwindet oder als politisch irrelevante Nischenpartei endet. Ihre linken Mitglieder und Anhänger werden sich dann mit Vertretern von Meretz und den Grünen zu einer neuen linken Partei zusammenfinden. Eine beträchtliche Anzahl könnte sich Kadima anschließen und andere sogar dem Likud.

Ist es für ein Umsteuern zu spät? Mit Sicherheit nicht! Denn sowohl innerhalb der Arbeitspartei als auch in der Linken insgesamt gibt es nach wie vor eine beträchtliche Anzahl von Menschen, die in der Lage und bereit sind, für eine Erneuerung und den Fortbestand der Partei zu kämpfen. Die wichtigsten Schritte auf diesem Weg sind: 1) Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit der Partei durch klare politische Positionierung; 2) Kritische Analyse des aktuellen Zustandes und Neuformulierung der politischen Positionen und Ziele auf der Basis sozialdemokratischer Werte; 3) Einbeziehung der Parteibasis und junger Menschen in den Erneuerungsprozess; 4) Neuwahl der politischen Führung durch einen Wahlprozess, der die gesamte Partei einbezieht.

Die gegenwärtige innen- wie außenpolitische Situation macht deutlich, wie dringend eine starke Linke in Israel gebraucht wird. Es geht innenpolitisch darum, die israelische Demokratie gegen immer stärker werdende rechte Kräfte im eigenen Land zu verteidigen. Und außenpolitisch geht es um die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung. Wenn das mitte-links Lager nicht die dafür notwendige politische Kraft entwickelt und die erforderlichen Konzepte in die Politik einbringt, wird der Stillstand im Friedensprozess anhalten und – wie die Krise um den Gaza-Schiffskonvoi zeigt – zu neuen Spannungen und einer Verschärfung der Konflikte führen.

Die israelische Linke steht also nicht nur vor der Aufgabe, sich selbst inhaltlich und personell zu erneuern, sondern zugleich vor der Herausforderung, eine politische Allianz mit den Kräften der politischen Mitte zu formieren. Nur so kann die derzeitige politische und gesellschaftliche Dominanz der Rechten in Israel überwunden werden.



Über den Autor

Dr. Ralf Hexel, seit 2008 Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Herzliya/Israel.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin

Verantwortlich:
Hajo Lanz, Leiter des Referats Naher/Mittlerer Osten und
Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Helga.Reuter@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-406-6